



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 23. Sitzung des Ausschusses für
Wirtschaft und Finanzen der Stadt Eberswalde
am 01.12.2016, 18:15 Uhr,
im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio, Saal,
Puschkinstraße 13, 16225 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 22. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen der Stadt Eberswalde vom 10.11.2016
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
8. Informationsvorlagen
- 8.1. **Vorlage:** I/0021/2016
Einreicher/zuständige Dienststelle: 20 - Kämmerei
- Beteiligungsberichte der Stadt Eberswalde zum 31.12.2014 und 31.12.2015**
9. Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung
10. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

10.1. **Vorlage:**
BV/0370/2016

Einreicher/zuständige Dienststelle:
20 – Kämmerei

Haushaltssatzung 2017/2018
(2. Lesung)

10.2. **Vorlage:**
BV/0386/2016

Einreicher/zuständige Dienststelle:
80 – Amt für Wirtschaftsförderung und
Tourismus

Förderung von KMU

TOP 1:
Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Jur, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen eröffnet die Sitzung um 18:15 Uhr.

TOP 2:
Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Jur stellt fest:

- form- und fristgerecht geladen
- 10 Mitglieder anwesend
- Wirtschafts- und Finanzausschuss beschlussfähig
- keine Einwendungen

TOP 3:
Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 22. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen der Stadt Eberswalde vom 10.11.2016

Es liegen keine Einwendungen vor.

TOP 4:
Feststellung der Tagesordnung

Herr Jur teilt mit, dass die Anfragen der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde im Zusammenhang mit der Beschlussvorlage BV/0370/2016 zu den Kosten Neujahrsempfang 2016 (**Anlage 2**) und zum Vorbericht der Haushaltssatzung (**Anlage 3**) unter Punkt 10.1 der heutigen Tagesordnung behandelt werden.

Herr Trieloff:

- schlägt vor, den TOP 10.2. - BV/0386/2016 „Förderung von KMU“- vor dem Top 10.1. - BV/0370/2016 „Haushaltssatzung 2017/2018“ - zu behandeln

Der Einreicher ist mit dem Tausch einverstanden und der Ausschussvorsitzende, Herr Jur bittet die Ausschussmitglieder darüber abzustimmen.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: einstimmig beschlossen

TOP 5:

Informationen des Vorsitzenden

Herr Jur teilt mit, dass folgende Unterlagen als Tischvorlagen vor der Sitzung verteilt worden sind:

- Änderungsantrag zur Beschlussvorlage BV/0370/2016 der Fraktion DIE LINKE zum Produktbereich 36 (Jugendsozialarbeit) – **Anlage 4**
- Änderungsantrag zur Beschlussvorlage BV/0370/2016 der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde – **Anlage 5**
- Anfrage im Zusammenhang mit der Beschlussvorlage BV/0370/2016 zu den Kosten Neujahrsempfang 2016 – **Anlage 2**
- Anfrage im Zusammenhang mit der Beschlussvorlage BV/0370/2016 zum Vorbericht – **Anlage 3**
- Eckdaten per 30.11.2016 – **Anlage 6**
- Vergleich Plan/Ergebnis 2011 bis 2016 per 01.12.2016 – **Anlage 7**

TOP 6:

Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Einwohnerfragen.

TOP 7:

Informationen aus der Stadtverwaltung

Herr Siebert geht auf die vor der Sitzung ausgereichten Unterlagen der Kämmerei (**Anlagen 6 und 7**) ein. Er teilt mit, dass die Verwaltung mit dem vorliegenden Vergleich Plan/Ergebnis für die Jahre 2011 bis 2016 dem Wunsch der Fraktionen nachkommt.

Herr Landmann:

- fragt, auf die Prozentangabe zum Punkt Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen eingehend (**Anlage 6**), ob zum Jahresende wieder über Ermächtigungsübertragungen zu reden sein wird

Herr Siebert weist darauf hin, dass natürlich noch Jahresendabrechnungen von Unternehmen gestellt werden können, die das vorliegende Ergebnis verändern würden, grundsätzlich werden Ermächtigungsübertragungen aber immer wieder ein Thema sein.

Herr Dr. Mai:

- spricht seinen Dank an die Verwaltung aus für die zu diesem frühen Zeitpunkt vorliegenden Zahlen

Herr Jauer:

- möchte wissen, ob der geplante HH-Ansatz zum Punkt Einkommensteuer erreicht werden kann

Herr Siebert unterstreicht, dass der Planansatz durchaus gerechtfertigt ist.

Herr Dr. König geht auf noch offene Anfragen von Herrn Zinn ein und teilt mit, dass das Treffen der DEHOGA mit dem Bürgermeister am 24.11.2016 stattgefunden hat. Es fand ein allgemeiner Austausch zur Lage der Gastronomen und des Hotelgewerbes in Eberswalde statt. Thema war auch das Wegbrechen der Ausbildungsklassen im Hotel- und Gastronomiebereich im OSZ II, das Ministerium wird auch noch einmal über die aktuelle Sachlage informiert werden.

Aus der Presse war zu entnehmen, dass der Landkreis der Verlegung der Klassen von Bernau nach Eberswalde positiv gegenübersteht. Im Kreistag wird darüber aber noch diskutiert, so die Aussage von Herrn Dr. König.

TOP 8:

Informationsvorlagen

TOP 8.1:

Beteiligungsberichte der Stadt Eberswalde zum 31.12.2014 und 31.12.2015

I/0021/2016

Herr Zinn:

- bedankt sich für die Fertigstellung der Beteiligungsberichte
- stellt fest, dass zum jetzigen Zeitpunkt aber wenig Zeit für die Durcharbeitung bleibt

Frau Stibane freut sich über den Dank und sagt dazu, dass die Verwaltung die Vorlage der Beteiligungsberichte 2014 und 2015 für den Dezember 2016 zugesagt hatte.

Herr Markmann:

- betont noch einmal, dass die Beteiligungsberichte zum 30.09. des Folgejahres vorzuliegen haben und dieser Termin überschritten wurde

Herr Martin:

- fragt, warum im Beteiligungsbericht 2014 keine Leistungszahlen eingetragen worden sind, im Beteiligungsbericht 2012 aber Zahlen stehen

Herr Haß teilt mit, dass es sich um Zahlen zur Energieeinspeisung handelt, die zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichtes 2014 noch nicht vorgelegen haben, er kann die Zahlen nachreichen.

TOP 9:

Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

9.1. Anfrage von Herrn Markmann:

- fragt, ob die Beurlaubung des stellvertretenden Bürgermeisters finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt 2017/2018 haben wird

Frau Stibane wird zu Personalfragen keine Äußerungen im öffentlichen Teil der Ausschusssitzung tätigen.

TOP 10:

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 10.2:

Vorlage:

BV/0386/2016

Einreicher/zuständige Dienststelle:

80 – Amt für Wirtschaftsförderung und
Tourismus

Förderung von KMU

Herr Dr. König erklärt zur vorliegenden Beschlussvorlage, dass durch die Teilnahme an der Förderung von KMU nach der NESUR-Richtlinie als Maßnahme im Stadt-Umland-Wettbewerb, kein kommunaler Miteleistungsanteil mehr anfällt, dieser aber im Haushalt 2017/2018 und ff. geplant ist. Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung lag ihm diese Information jedoch so noch nicht vor. Herr Dr. König teilt weiterhin mit, dass diese Mittel teilweise für die Stadtteilentwicklung zur Verfügung gestellt werden.

Herr Landmann:

- geht davon aus, dass die Abgeordneten über die Verwendung der Mittel noch einmal befragt werden

Herr Dr. König erklärt, dass er den Kämmerer um die Umbenennung der Untersachkonten in Stadtteilmanagement, Stadtteilentwicklung o. ä. für die freiwerdenden Mittel gebeten hat, um dann über Austauschseiten zum Haushalt die Verwendung der Mittel beschließen zu lassen.

Herr Trieloff:

- fragt, ob absehbar ist, wie viele Fördermittel abrufbar sein werden
- möchte wissen, ob es auch zeitliche Vorgaben für das Antragsverfahren geben wird
- versteht nicht, warum die Kämmerei beteiligt werden muss, obwohl es keinen kommunalen Mitleistungsanteil gibt

Herr Dr. König sagt, dass es keine detaillierten Angaben zu den Fördermitteln gibt, es kann sich hier um einen zweistelligen Millionenbetrag handeln.

Auf das Antragsverfahren eingehend, sagt Herr Dr. König, dass der Bearbeitungszeitraum ca. 4 Wochen betragen kann.

Herr Dr. König bezieht die Kämmerei ein, um auf evtl. Steuerausstände hinweisen zu können.

Dr. Mai:

- möchte, dass die Stadtverordneten darüber informiert werden, wenn Mittel anders verwendet werden sollen, als vorher im Haushalt geplant

Herr Dr. König erklärt dazu noch einmal, dass er mit dem Kämmerer die Absprache getroffen hat, dass es über die anderweitige Verwendung der Mittel eine Austauschseite zum Haushalt geben wird und die Stadtverordneten spätestens zur Stadtverordnetenversammlung diese ausgehändigt bekommen.

Zudem soll eine Richtlinie zur Verwendung dieser Mittel erarbeitet werden, welche im Februar/März 2017 im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen zur Abstimmung gebracht werden soll.

Es erfolgt die Abstimmung zur Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen empfehlen der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Teilnahme an der Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) als Maßnahme im Stadt-Umland-Wettbewerb. Die damit einhergehende Beratung und Organisation der KMU-Förderung im Rahmen der Richtlinie des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung zur nachhaltigen Entwicklung von Stadt

und Umland (NESUR) erfolgt gemäß des erarbeiteten Leitfadens sowie des Organisations- und Verwaltungsablaufes.

TOP 10.1:

Haushaltssatzung 2017/2018

BV/0370/2016

Herr Zinn:

- teilt mit, dass der Änderungsantrag der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde den Ausschussmitgliedern erst kurz vorliegt
- schlägt vor, aus diesem Grund hier und heute keine Beratung vorzunehmen, den Antrag erst in den kommenden Ausschüssen zu beraten

Herr Jur teilt mit, dass zum Änderungsantrag der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen nicht beraten wird.

Herr Morgenroth:

- gibt eine kurze Einführung zum Änderungsantrag der Bürgerfraktion Eberswalde zu den Budgetregeln – **Anlage 8**

Herr Landmann:

- sagt, dass seine Fraktion DIE SPD-Fraktion dem Änderungsantrag zustimmen wird

Herr Zinn:

- bittet um die Meinung der Verwaltung zum vorliegenden Änderungsantrag

Frau Stibane sagt, dass die Verwaltung dem Sachverhalt grundsätzlich offen gegenübersteht.

Frau Kersten:

- fragt, ob es richtig ist, dass der Kämmerer entscheidet, wenn es Ermächtigungsübertragungen gibt
- möchte wissen, ob auch über einen Ermächtigungsbetrag von 500,00 Euro beraten wird

Herr Siebert führt dazu aus, dass die Budgetregel aussagt, dass mit dem Antrag auf Ermächtigungsübertragung 50 % der maßnahmenbezogenen Kosten gewährleistet werden müssen, die aber in Abhängigkeit von der Entscheidung des Kämmerers stehen.

Auf die Ermächtigungsbeträge von 500,00 Euro eingehend, sagt Herr Siebert, dass es vorkommen kann, dass kleinteiligere Maßnahmen sich in vielen kleinteiligen Untersachkonten wiederfinden können und dass es bei der Beantragung pro Untersachkonto zu kumulierten Beträgen kommen kann. So ist es möglich, in Erfahrung zu bringen, was mit einzelnen Ansätzen passiert ist bzw. welche Maßnahmen nicht umgesetzt worden sind.

Herr Landmann:

- sagt, dass darüber diskutiert werden muss, wie die Politik bei der Entscheidung über Ermächtigungsübertragungen mit eingebunden werden kann

Frau Stibane sagt, dass die Budgetregeln, die Bestandteil des Haushaltsplanes sind, der Verwaltung die Verfahrensweise mit den Ermächtigungsübertragungen vorgeben. Sehr wichtig ist es, die Ausgewogenheit der zentralen und dezentralen Verantwortung im Auge zu behalten.

Herr Trieloff:

- erklärt, dass seine Fraktion den Änderungsantrag unterstützen wird

Abstimmung des Änderungsantrages der Bürgerfraktion Eberswalde: einstimmig befürwortet

Herr Dr. Mai:

- gibt eine kurze Einführung zum Änderungsantrag der DIE SPD-Fraktion „Beteiligungsmanagement“ – **Anlage 9**

Herr Zinn:

- teilt mit, dass er nicht an der Abstimmung teilnehmen wird

Abstimmung des Änderungsantrages der DIE SPD-Fraktion: einstimmig befürwortet

Herr Dr. Mai:

- zieht den Änderungsantrag der DIE SPD-Fraktion „Gründung/Beteiligung Netzgesellschaft Strom“ zurück – **Anlage 10**

Herr Sponner:

- gibt eine kurze Einführung zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum Produktbereich 36

Herr Zinn:

- teilt mit, dass er nicht an der Abstimmung teilnehmen wird

Herr Sponner:

- erklärt, dass die im Änderungsantrag genannten 25 T€ nicht zusätzlich für den Produktbereich 36.31 eingestellt werden, sondern dass dieser Betrag von den bereits beschlossenen 40 T€ aus dem Produkt 31.30 „Eberswalde handelt“ zur Verfügung gestellt werden

Frau Kersten:

- teilt mit, dass der Änderungsantrag überarbeitet und neu eingereicht wird

Abstimmung des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE mit dem Zusatz, dass die 25 T € nicht zusätzlich in den Haushalt eingestellt werden: mehrheitlich befürwortet

Herr Zinn:

- bittet um Beantwortung der Anfrage der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde zu den Kosten des Neujahrsempfanges 2016 (**Anlage 2**)

Frau Stibane sagt die schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

Herr Zinn:

- bittet um Beantwortung der Anfrage der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde zum Vorbericht der Haushaltssatzung (**Anlage 3**)

Herr Siebert sagt auf den Überblick über den Stand und die Entwicklung der kommunalen Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage eingehend, dass im Vorbericht, Abschnitt I, Seite 23 der Stand auf die zu beschließenden Planhaushaltsjahre 2017/2018 hinsichtlich der Planung und der Finanzströme und deren Einfluss auf die Liquidität zu sehen ist.

Auf den folgenden Seiten wird in einem Beispiel erklärt, was aus dem Ergebnishaushalt finanz- bzw. zahlungswirksam ist und was nicht und ff. im Abschnitt I-26 die Entwicklungen, die der § 10 KomHKV abstellt. Dort werden in der mittelfristigen Planung entsprechende Einzahlungen und Auszahlungen dezidiert dargestellt. Herr Siebert weist auf eine Darstellung im Finanzhaushalt hin auf Seite 39 im Abschnitt I, die exemplarisch darstellt, wo im Planjahr 2016 aufgesetzt wird, um die mittelfristige Liquiditätsplanung entsprechend vorzuzeichnen. Hier ist zu beachten, dass es sich um ein zeitpunktbezogenes Verfahren handelt. Die Grundlage für die Entwurfsvorlage für den Haushalt ist das vorläufige Ergebnis aus 2015 unter Annahme des Planjahres 2016 (s. a. Anlage 7 - Plan/Ergebnis-Vergleich). Mit den genannten Eckdaten hat der Kämmerer eine aktuelle Zahl, die in der mittelfristigen Planung immer im Auge behalten werden muss und in der Planung muss entsprechend entgegengewirkt werden, um es nicht zum negativen Liquiditätsstand kommen zu lassen.

Weiterhin wurde mit einer separaten Folie aus der Präsentation zum Gesamthaushalt im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen am 10.11.2016 aufgezeigt, dass wenn die Haushaltsvollzüge in der mittelfristigen Planung so wären, dann würde es dazu kommen, dass in 2021 ein Kassenkredit aufgenommen werden oder entsprechende Investitionstätigkeiten mit Investitionskrediten abgedeckt werden müssten.

Herr Morgenroth:

- fragt nach einer Übersicht der bisherigen Ausgaben in der Produktgruppe 31.30 „Eberswalde handelt“

Frau Stibane nimmt die Anfrage mit in die Verwaltung.

Herr Zinn:

- kann die Fülle der Informationen in der Kürze der Zeit nicht gleich einordnen, bittet um Auflistung einiger Anstriche, um die Erklärungen verständlicher werden zu lassen

Herr Siebert betont, dass es der Verwaltung wichtig war, hier und jetzt die Anfrage so ausführlich wie möglich zu beantworten. Weitere sich daraus erschließende Fragen werden natürlich ebenfalls beantwortet.

Herr Markmann:

- ist der Meinung, dass auf eine drohende Zahlungsunfähigkeit im Vorbericht expliziter hätte eingegangen werden müssen

Frau Stibane sagt, dass die erforderlichen Angaben im Vorbericht enthalten sind, der Kämmerer hat dies gerade aufgezeigt; dass der Vorbericht umgestellt wurde auf die Angaben, die nach § 10 KomHKV erforderlich sind. Auch Frau Stibane unterstreicht noch einmal, dass es der Verwaltung wichtig war, die Anfrage schnell und umfassend zu beantworten.

Herr Jur fragt die Ausschussmitglieder, ob es noch weitere Wortmeldungen zur Beschlussvorlage BV/0370/2016 gibt.

Herr Jauer:

- sagt, dass im Ratsinformationsdienst wesentlich mehr Änderungsanträge zur Haushaltssatzung zu sehen sind und fragt, warum diese hier nicht im Ausschuss für Wirtschaftsförderung vorliegen

Herrn Trieloff:

- stellt sich ebenfalls diese Frage, sieht kein Problem darin, über alle Änderungsanträge abzustimmen, da alle Fraktionen im Ausschuss vertreten sind

Frau Stibane erklärt dazu, dass die Verwaltung den Wünschen der Einreicher nachgekommen ist, dass die Änderungsanträge, bis auf einen, mit einer Beratungsfolge versehen sind, die nur vom Einreicher, nicht aber durch die Verwaltung geändert werden kann.

Herr Jur:

- sagt, dass er sich an die vorgegebene Beratungsfolge auf dem von der CDU-Fraktion eingereichten Änderungsvorschlag gebunden fühlt

Frau Kersten:

- geht noch einmal auf die abweichenden Unterlagen ein, die den Mitgliedern vorliegen
- sagt, dass eine Regelung gefunden werden muss, dass allen Ausschussmitgliedern die gleichen Unterlagen zugänglich sind

Herr Markmann:

- bittet die Verwaltung, sich zum Sachverhalt kundig zu machen

Herr Jauer:

- ist der Meinung, dass alle Änderungsanträge zur Haushaltssatzung 2017/2018 im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen beraten werden müssten, die Teil der Beschlussvorlage sind, über die der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen einen Beschluss fasst

Herr Jur:

- betont, dass der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen nur beratend tätig ist

Herr Trieloff:

- möchte, dass geprüft wird, welches die korrekte Verfahrensweise im Umgang mit den Änderungsanträgen zur Beschlussvorlage ist

Frau Stibane sagt, dass die Verwaltung nicht das Recht hat, die Vorschläge zu den Beratungsfolgen in den Änderungsanträgen zu verändern, ist sich aber des Problems, dass Änderungsanträge zur Beschlussvorlage nur in einigen Fachausschüssen behandelt werden, durchaus bewusst. Sie nimmt das Problem zur Klärung in die Verwaltung mit.

Herr Jauer:

- bittet die Einreicher von Änderungsanträgen zur Haushaltssatzung, in der Beratungsfolge zukünftig auch den Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen mit aufzunehmen

Herr Morgenroth:

- schlägt vor, dass sich der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen in den nächsten zwei Jahren in den Sitzungen mit den Ämtern aller Dezernate dahingehend beschäftigt, die Kennzahlen und Ziele zu diskutieren, um Steuerungsmöglichkeiten des Haushaltes zu entwickeln

Abstimmungsergebnis mit befürworteter Änderung: einstimmig befürwortet

Die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen empfehlen der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Haushaltssatzung 2017/2018 der Stadt Eberswalde mit ihren Bestandteilen und Anlagen nach § 65 Abs.1 und 2 sowie § 66 wie vor der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg und § 3 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung des Landes Brandenburg (KomHKV).

Herr Jur beendet die öffentliche Sitzung um 20:15 Uhr.

Jur
Vorsitzender des Ausschusses
für Wirtschaft und Finanzen

Heilmann
Schriftführerin

